Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 15 (1935-1936)

Heft: 6

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Destillator des unsichtbar Dämonischen in jeglichem Leben und Treiben? Einen Aufdecker schlimmer Zukunft und gut scheinender Gegenwart, und so umgekehrt! — ... Maler Faust! — was sagen wir dazu?"

Goethe wußte, daß unter dem logozentrischen Weltbild die Menschheit verdorren müßte. Er sah Kant — zumal in Gestalt der mechanistischen Naturwissenschaft, die nur die Amme der Technik und des Fortschritts ist — auf der ganzen Linie vordringen, und die Schwermut dieses Wissens sormt mit an dem Warnungsmal des "Faust". "Sisenbahnen, Schnellposten, Dampsschiffe und alle möglichen Fazilitäten der Kommunikation sind es. worauf die ... Welt ausgeht," schreibt er an Zelter. "Laßt uns soviel als möglich an der Gesinnung halten, in der wir herankamen; wir werden mit vielleicht noch wenigen die Letten sein einer Spoche, die so bald nicht wiederstehrt." Und an anderer Stelle: "Selbst wenn ich nach Amerika flüchten wollte, ich käme zu spät; denn auch dort wäre es schon zu helle." Und endslich: "Ich sehe die Zeit kommen, wo Gott keine Freude mehr an der Menscheheit hat und er abermals alles zusammenschlagen muß zu einer verzüngten Schöpfung."

Politische Rundschau

Genf und Abessinien. / Fort mit der differenziellen Neutralität! / Warum die Totalrevision verworfen wurde. / Unsere Finanzlage. / Nach den Nürnberger Gesehen. / Italien und der Donauraum.

In den bewegten Tagen, in denen sich Europa, man kann schon sagen die ganze Welt besindet, in einem Augenblick, wo akute Kriegsgesahr besteht, und dies nicht nur in Afrika, nicht nur auf kolonialem Gediete, sondern scheindar beinahe ebenso in Europa selbst — ist die Erstattung einer politischen Kundschau für eine Monatsschrift eine nicht ganz unproblematische Angelegenheit. So, wie es in den letzten acht Wochen zugegangen ist, bei dem best ändigen Wechselber der Szene, angesichts all' der vielen unsicheren Faktoren, die sich um den Begriff "Völkerbund" gruppieren, ist die politische Beurteilung der Geschehnisse notwendig problematisch, solange die maßgebenden Staatsmänner ihre Karten nicht einigermaßen ausgedeckt haben.

Ein thpisches Bild des Szenenwechsels stellt die Haltung der Engländer dar. Während zu Anfang des Konfliktes um Abessinien niemand so recht daran glauben wollte, daß die Engländer tatsächlich gewillt seien, sich nicht nur um ihrer eigenen Interessen, sondern um des Völkerbundes willen in ihrer Macht zu exponieren, ergab sich in der Folge eine ziemlich andere Situation. Es schien sich zu bestätigen, was uns vor kurzem von sehr maßgebender Seite versichert wurde, daß nämlich nicht nur der italienische Ministerpräsident, sondern vielleicht der ganze Kontinent sich über die Völkerbundstreue der Engländer getäuscht hätten. Denn nicht nur im Lager der ausgesprochenen Antisascisten, zu denen natürlich in erster Linie die Labourgruppe gehört, nicht nur etwa in den Kreisen der Völkerbunds-freunde um Lord Cecil, die auf dem Kontinent als solche zur Genüge bekannt sind,

sondern im ganzen englischen Volk, mit Einschluß der herrschenden konservativen Gruppe, scheint tatsächlich ein echtes Verantwortungsbewußtsein gegenüber den seierlich bekräftigten Ideen des Völkerbundes entstanden zu sein. Dabei ist nun einerseits zu berücksichtigen, daß die Pakt treue den Engländern in diesem Falle allerdings nicht allzu schwer siel, wo sich nun tatsächlich die Interessen des Völkerbundes und die englischen Kolonialinteressen in der abessinischen Frage mit seltener Präzision decken. Was also dei den Staatsmännern Englands voraussichtlich doch nichts anderes als ein Aussluß nüchterner politischer Überlegung zu sein scheint — nämlich die Durchsührung der Grundsätze des Völkerbundspaktes — ist nun also tatsächlich im englischen Volke gefühlsmäßig, und nicht unbedingt aus egoistischen Interessen, verankert.

Aber vielleicht ist auch diese englische Stimmung in Wahrheit gar nicht so ernst zu nehmen und vielleicht gehören diese Bilder der Pakttreue, die man aus England Tag für Tag geliesert bekam, auch in die Gruppe dieser wechselnden Szenen, die uns die letzen Wochen zur Genüge dargestellt wurden. Was nämlich vor vierzehn Tagen wohl kaum jemand hätte behaupten wollen, ist nun eingetreten: Essschint tatsächlich, daß die großausgezogene englische Flottenversammlung im Mittelzmeer mit Einschluß aller der großartig verkündeten Desensivrüstungen, der Verteizlung von Gasmasken an alle, die solche haben wollten, im Grunde doch nichts anderes gewesen ist, als ein Bluff, um die Italiener in letzter Minute von der Einleitung des Krieges abzuhalten. Tatsächlich kann man heute schon sagen, daß England, mindestens vorläusig, gar nicht daran denkt, sich etwa vom Völkerbund ein Mandat zu militärischen Sanktionen geben zu lassen Desensivrüstungen auf Malta und den anderen Stützunkten essektiv eines Tages in Wirksamkeit treten müßten.

Und während nun in Afrika die 200,000 Staliener in Bewegung gesett werden, während die kleinen Tankwagen über die eriträische Grenze huschen und die italienis schen Füsiliere, beladen außer ber gewöhnlichen Ausruftung noch mit einem 2 Liter-Schlauch voll Waffer, die Erhebung des Plateaus von Abua hinaufklettern und die Söhne Mussolinis Frauen und Kinder bombardieren — nachdem also der Arieg tatsächlich eröffnet ift, scheint es immer mehr, daß in Genf nichts anderes als eine Farce gespielt werde. Bas die Sanktionen anbetrifft, fo scheint es, daß bereits mehr ober weniger alles abgemacht ift. Während noch vor vielleicht acht Tagen mit eventuellen militärischen Sanktionen, gegebenenfalls auch mit der Sperrung des Suegkanals gerechnet werden mußte, kann man heute schon fagen, daß baraus vorläufig wenigstens bestimmt nichts werden wird. Es scheint, bağ baran die Franzosen sich ein gewisses Berdienst wohl zusprechen können, wenn man auch heute die tatsächlichen Abmachungen zwischen Frankreich und England noch nicht kennt. Und man hat heute das Gefühl, als habe die Entschlossenheit Muffolinis über die angeblich so starke Bolkerbundstreue der Engländer vorerst den Sieg bavongetragen. Anscheinend war ber Duce entschlossen, gegenüber einer Sperrung bes Suegkanals, eventuell auch gegenüber einer Blockabe, zu ben äußersten Magnahmen zu greisen, was er übrigens in diesen Fällen zur Rettung des abessinischen Planes unter allen Umständen tun mußte. Wenn man nun in biesem Zusammenhang bedenkt, welche Rudwirkung ein englisch-italienischer bewaffneter Konflikt in Europa hätte haben mufsen, insbesondere im Hinblick auf die immer noch bestehende latente Spannung zwischen Jugoslavien und Italien, im Hinblick weiter auf das österreichische Problem, ist es begreiflich, daß es den Franzosen schließlich gelingen mußte, den Engländern das Gefährliche einer weitergehenden Sanktionspolitik klar zu machen, gang abgesehen bavon, baß sie erklärt zu haben scheinen, eine Beteiligung Frankreichs an militärischen Sanktionen sei ausgeschlossen. In Frankreich selbst ist zwar über diese Frage ein heftiger Meinungsstreit im Gang, boch scheint es sich immer mehr zu bestätigen, daß alle vernünftigen Leute den Ver=

zicht auf militärische Sanktionen für das einzig richtige halten, und daß die weitergehenden, verwegenen Plane im Grund nicht nur in Frankreich, sondern überall tatsächlich nur in den Röpfen der hundertprozentigen Antifascisten sputen, die anscheinend die Gelegenheit benüten wollen, um durch die Taten anderer ihren Racheburst befriedigen zu lassen. Die Lage scheint sich also immerhin einigermaßen abzuklären. Man dürfte im übrigen wohl der Bahrheit ziemlich nahe kommen, wenn man vermutet, daß die legten politischen Außerungen von englischer und italienischer Seite nicht ganz ohne gegenseitige Fühlunggnahme ersolgt sind. Sonst hätte es boch wohl kaum geschehen können, daß Mussolini mit so absoluter Rlarheit, wie es geschehen ist, die Unnahme wirtichaftlicher Sanktionen erklärte und nur bei mili= tärischen oder friegerischen Sanktionen entsprechende Gegenmagnahmen in Aussicht stellte. Seitdem dieses Wort gefallen ist, spricht weder in England, noch in Frankreich, noch anderswo jemand von militärischen Sanktionen, was bedeuten will, daß sich die Parteien, also der Angreifer Italien und die Sanktions-Mächte, über die zu ergreifenden Magnahmen völlig im Klaren und mehr oder weniger einig sind! Schlieglich werden sich die Engländer wohl auch überlegt haben, daß es sie an sich gar nichts kofte, ben Italienern ben Ruhm einer gewonnenen Schlacht bei Adua zu überlassen, da schließlich bei solchen und noch weiteren Kampshandlungen die Italiener sich allmählich abnußen mussen, während sie aller Boraussicht nach nicht über bie Buften- bezw. Steppen-Gebiete hinaus fommen werden, bie ihnen die Engländer ohnehin überlaffen hätten. Rachdem nun Adua bereits gefallen ist, haben die Staliener den erstrebten Ruhm auch schon eingeheimst, und es wird nun die schwere Aufgabe an sie antreten, vom Plateau von Adua in das Gebirge hinauf zu steigen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird dieser Marsch viel Blut kosten, und erheblich viel Zeit und die Engländer können deshalb Mussolini einstweilen ruhig mit reinen wirtschaftlichen Sanktionen belästigen, ohne befürchten zu müssen, daß er in absehbarer Zeit in jene Zonen des abessinischen Reiches eindringen werde, für die die Engländer empfindlich sind. Im übrigen sind ja bekanntlich auch die finanziellen Mittel der Italiener keineswegs unerschöpflich, und die Englander werden im weitern, wenn es fein muß, die Abeffinier auf alle mögliche Beise in ihrem Biderstand unterstüten.

Santtionen werben also in Genf beschlossen werben, aber keine militärischen. Auch die wirtschaftlichen sollen anfänglich ein sehr bescheidenes Ausmaß annehmen, d. h. nicht über Kreditverweigerung hinaus= gehen, und, wie man hört, die Sperrung der Rohstoffeinfuhr nach Italien einst= weilen nicht umfassen. So ist auch von einer Blockade nicht die Rede. Man wird nun nicht bestreiten können, daß diese ersten Magnahmen, berglichen mit dem Lärm, ber nun seit Wochen um diese Angelegenheit gemacht wird, sich außerordentlich bescheiden ausnehmen. Doch mußten nicht die Engländer an der ganzen Angelegenheit hauptsächlich beteiligt sein, wenn die Behandlung dieser Sanktions-Frage nicht äußerst raffiniert wäre. Die englische Politik geht also auch von der Genfer-Seite, parallel mit der vorläufigen Passivität auf der afrikanischen Seite, auf allmähliche Aushungerung bezw. Abnützung der Italiener aus, was nichts kostet, oder doch wenigstens nicht viel, und seine Wirfung voraussichtlich haben durfte. Die Erbitterung allerdings, die sich, wird diese Politik wirklich durchgeführt, des italienischen Bolkes bemächtigen könnte, ist vielleicht nicht voll in Rechnung gestellt, und die Folgen dieser Erbitterung noch weniger. Aber das liegt in der Zukunft.

Zusammensassend ist zu bemerken, daß die Engländer ihre ursprüngliche Abssicht, die Italiener an einer Besetzung der wichtigsten Teile Abessiniens zu hindern, keineswegs aufgegeben haben; nur bedienen sie sich vorläufig verhältnismäßig harmloser Mittel, mit dem Vorbehalt, auf die andern bei Bedarf zurückzukommen. Daß natürlich auf diese Weise dem Geiste des Völkerbunds-Paktes nur sehr besschränkt entsprochen wird, ist klar; denn an sich würde der flagrante Angriff einer

Bölkerbunds-Macht auf eine andere ganz andere Abwehrmittel erfordern. Aber bas ist den Engländern anscheinend gleich, und es läßt sich tatsächlich nicht bestreiten, daß der Bölkerbund bei Verhängung dieser vorläusig wenig schäblichen Sanktionen zum mindesten sein Gesicht wahrt, was der diplomatischen Fähigkeit des Herrn Laval kein schlechtes Zeugnis ausstellt. Die weiteren Sanktionen, die nach diesem thpisch englischen Shstem in raffinierter Steigerung beschlossen werden dürsten, liegen wohl in erster Linie in der Sperre der Rohstosseinsuhr, im Verbot der Abnahme italienischer Waren, und endlich im Verbot irgendwelchen geschäftlichen Verskehrs zwischen Angehörigen der Sanktions-Staaten und Italienern überhaupt.

In diesem Konflikt nimmt, wie dieser Tage gemeldet wurde, Deutsche Iand eine neutrale Stellung ein. Es läßt sich nicht bestreiten, daß der vor zwei Jahren erklärte Austritt Deutschlands aus dem Bölkerbund nicht nur wegen der Aufrüstung notwendig und geschickt, wenn auch gesährlich war, sondern daß außersdem diese Tatsache heute Deutschland in eine außerordentlich günstige Lage gebracht hat. Deutschland wird also voraussichtlich ruhig seine Rohstosse, insbesondere die Kohle, nach Italien exportieren, aber nun erhebt sich für uns Schweizer die entsicheidende Frage: dürsen wir, bezw. können wir diese Transporte nach Italien durchslassen und zwar obwohl der Gotthard-Vertrag uns zu freiem Transit verpslichtet?

* *

Das ist das Problem der Stunde, soweit es uns betrifft. Niemand wird beftreiten, daß es sich um ein außerordentlich schwieriges und heikles Problem handelt. Run werden die Ronfequengen des Beitritts zum Bolferbund deutlich. Die differenzierte Neutralität ift aus einem theoretischen Begriff plötlich in eine akut-gefähr= liche lebendige Gestalt eingetreten. So wie die Lage heute erscheint, haben wir wahrscheinlich Glück. Die "Times" meldet soeben, daß die österreichische Regierung in London im Wege der Verhandlungen die Entbindung von der Verpflichtung zur Beteiligung an Sanktionen erwirkt habe, mit Rucksicht auf die unmögliche Lage, in bie Ofterreich bei Beteiligung an den Sanktionen in Bezug auf feine Bundnispolitik mit Italien geraten mußte. In der Meldung heißt es weiter, daß voraussichtlich noch andere fleine Mächte Ausnahmen beanspruchen bezw. erhalten würden. Wir burfen wohl sagen, daß die Schweiz als theoretisch neutraler Staat, dessen Reuträlität durch Berträge unterschriftlich als im Interesse Europas liegend bon ben Mächten anerkannt ift, in erster Linie und vor allen andern Staaten Anspruch auf Dispens hat. Wir haben das Vertrauen in den Bundesrat, daß er nicht nur im vorliegenden Falle die Möglichkeit schaffe, uns aus der Schlinge schlüpfen zu laffen, sondern daß er vielmehr die Gelegenheit benüte, um die bifferengierte Neutralität borthin gu jagen, wohin fie gehort, nämlich in ben Sades, und die absolute Reutralität wieder zu Ehren zu bringen. Bang leicht burfte biese Aufgabe nicht fein, aber biejenigen Staatsmänner, bie uns bor 15 Jahren in die differenzierte Neutralität hineinmanöverierten, haben nun eine ichone Belegenheit, ben Rarren wieder auf die ebene Strage zu ziehen. Belingt ihnen bas, so wird es wohl niemanden im Schweizerland geben, ber ihnen ihren Bölkerbundsidealismus vom Jahre 1920, der inzwischen allerdings allseitig vergangen sein durfte, verargt. Bielmehr werden alle bankbar fein.

Da wir indessen heute noch nicht so weit sind, mag es von Interesse sein, kurz auf die Bindung ausmerksam zu machen, die uns der Völkerbundsvertrag ausserlegt und die durch die Londoner-Erklärung vom 13. Februar 1920 nur sehr besschränkt ausgehoben sind. Diese Bindung ist derart, daß wir, gelingt es dem Buns desrat nicht, eine Lösung zu sinden, den Beschlüssen des Völkerbundsrates über die Sanktionen wehrlos ausgeliesert sind, also alles mitmachen müssen, was den Engsländern beliebt. Es braucht nicht viel, um sich auszurechnen, daß dies letzten Endesdie Ausgabe unserer Neutralität und damit eine akute Gefährdung unserer Unabs

hängigkeit bedeutet. Die Italiener jedenfalls werden sich die Leute merken, die Sanktions-Politik getrieben haben, und je kleiner sie sind, desto gefährdeter sind sie!

Das ist im Grunde die Tragik, die uns aus diesem ganzen Problem sich zu ergeben scheint, und zwar nicht nur für uns, sondern für die ganze Welt: daß nämslich die Existenz des Völkerbundes Staaten und Bölker in Probleme hineinzieht, die sie an sich nicht im geringsten interessieren könnten. Vor dem Kriege wäre der abessinische Konslikt auf irgend eine diplomatische Weise zwischen Italien und Engsland erledigt worden und selbst wenn daraus ein italienisches Faschoda entstanden wäre, selbst mit solgenden blutigen Auseinandersetzungen, so wäre dieser Konflikt aller Voraussicht nach auf diese beiden Staaten beschränkt geblieben. Das ist die Errungenschaft, die uns der Völkerbund gebracht hat: daß nun völlig undeteiligte Staaten in solche Konslikte hineingezogen werden können, wodurch sie ihre Unabshängigkeit auss Spiel setzen. Auch ein kriegerischer Konslikt läßt sich unter der Agide des Völkerbundes sehr schwer lokalisieren. Dabei ist es noch nicht einmal sicher, daß, sollte aus dieser Verkettung bezw. ihren Folgen sür einen kleinen Staat seitens des mit Sanktionen bedachten Landes eine Gesahr erwachsen, der Völkersbund dieses Land auch wirklich schügen könnte oder wollte. Dies ist heute die Lage.

Gemäß Art. 16 bes Bölkerbunds-Paktes ist wesentlich, daß Italien, wenn es zum Kriege schreitet — dies ist inzwischen bereits geschehen, während der Bölkerbund noch an der "Bestimmung des Angreisers" herumnagt —

"ohne weiteres so angesehen werden soll, als hätte es eine Kriegshandlung gegen alle andern Mitglieder des Bundes beganggen. Diese verpslichten sich, unverzüglich alle Handels- und Finanzbeziehungen mit ihm abzubrechen, jeden Verkehr ihrer Angehörigen mit denjenigen des bundesbrüchigen Staates zu untersagen und alle sinanziellen, kommerziellen und persönlichen Verbindungen zwischen den Angehörigen dieses Staates und denjenigen jedes anderen Staates, mag er Mitglied des Völkerbundes sein oder nicht, zu verhindern."

Außerdem ist der Völkerbundsrat verpflichtet, "den verschiedenen beteiligten Regiestungen die Stellung militärischer, maritimer oder aviatischer Streitkräfte anzusempsehlen". Es ist ein Glück, daß dieser Artikel noch nie angewendet werden mußte, und deshalb auch noch keine juristische Auslegung gefunden hat, besonders keine extensive. Der Völkerbund ist also mehr oder weniger srei in seinen Maßsnahmen; kommt es aber im Lause des Sanktions-Versahrens im Wege allmählicher und anscheinend beabsichtigter Steigerung zu den zitierten maximalen wirtschaftslichen Maßnahmen, so ergibt sich für die Schweiz, immer vorausgesetzt, daß wir keinen Dispens erhalten, solgende Lage:

Es ist sestzuhalten, daß die "Londoner-Erklärung des Völkerbundsrates betreffend die Frage des Beitritts der Schweiz zum Völkerbund" vom 13. Februar 1920 bie Schweiz einzig von militärischen Unternehmungen dispensiert und ihr anheimftellt, ben Durchzug fremder Truppen zu untersagen. Dafür aber wird bie Schweis in Bezug auf alle übrigen, also die wirtschaftlichen und finanziellen Sanktions-Maßnahmen, vom Rat des Bolferbundes in der Londoner-Erflärung noch ausdrücklich behaftet, wohl ausgehend von der einleitenden Feststellung, daß der Begriff der Neutralität im Grunde mit dem Bolferbunds-Patt nicht vereinbar sei, man also, wenn diese Neutralität tropdem teilweise anerkannt werde, die Schweiz umjo schärfer auf die Pflichten festlegen muffe, von benen sie nicht befreit sei. Seute mag es uns tatsächlich unverständlich sein, daß schweizerische Bundesräte Erklärungen abgegeben haben wie die Folgenden, und es zuließen, daß die Neutralität der Schweiz nur gewissermaßen noch gnadenhalber vorgemerkt wurde. Hat sich damals wirklich niemand die möglichen Konsequenzen, vor denen wir heute stehen, überlegt? Der Rat des Bölkerbundes nimmt in der Londoner-Erklärung die Erklärungen der schweizerischen Delegierten zur Renntnis,

"wonach die Schweiz die Pflichten der Solidarität feierlich anerkennt, die ihr daraus erwachsen, daß sie Mitglied des Bölkerbundes sein wird, einschließlich der Verpflichtung, an den vom Völkerbund verlangten kommerziellen und finanziellen Maßnahmen gegenüber einem bundesbrüchigen Staat mitzuwirken, ..."

Damit ergibt sich also, daß die Schweiz zur Teilnahme an allen nicht-militärischen Sanktionen verpflichtet ist. Dies bedeutet:

- 1. Daß die Schweiz Italien so ansehen muß, als hätte es eine Kriegshandlung gegen unser Land begangen. Was dies bedeutet, braucht wohl nicht weiter illustriert zu werden. Jedenfalls wäre der Rückzug der diplomatischen die Vertreter und sämtlicher Konsuln selbstverständlich. Inwieweit außerdem die Internierung sämtlicher italienischer Staatsangehöriger in der Schweiz vorgenommen werden müßte, ist wohl Auslegungsfrage, diese Folge ergibt sich aber theoretisch wohl zwangsläusig aus der Boraussetung der Kriegshandlung.
- 2. Der Abbruch aller Handels= und Finanzbeziehungen an italienische Schuldner, Zahlungen an italienische Gläubiger zu leisten und die Unmöglichkeit für schweizerische Gläubiger, Zahlungen von italienischen Schuldnern zu erhalten. Damit sind tatsächlich sowohl die Finanzwie die Handelsbeziehungen bereits abgebrochen. Im weitern käme es selbstwersständlich zur absoluten Sperrung der Grenze, Sperrung sowohl für den Import aus Italien, wie für den Export dorthin. Daß die nicht unerheblichen schweizerischen Handels= und Finanz-Guthaben in Italien in diesem Falle vollständig einfrieren, beziehungsweise verloren gegeben werden müßten, ist wohl sicher.
- 3. Interessant in seinen Konsequenzen ist der Besehl an die Sanktions-Staaten, jeden Verkehr ihrer Angehörigen mit den jenigen des buns besbrüchigen Staates zu untersagen. Unter diesem Titel wäre jedenfalls die Internierung der italienischen Staatsangehörigen in der Schweiz nicht zu umgehen. Außerdem müßte durch besondere gesehliche Bestimmung der Abschluß einer Che zwischen italienischen und schweizerischen Staatsangehörigen auf dem Gebiet der Schweiz rechtsgültig unmöglich gemacht werden.
- 4. Beinahe am einschneibendsten ist aber die Bestimmung, daß die Sanktions-Staaten verpflichtet find, alle finanziellen, tommerziellen und perfonlichen Berbindungen zwischen den Angehörigen dieses Staates und benjenigen eines dritten Staates zu unterbinden. Diese Bestimmung ist deswegen einschneidend, weil sie uns nicht nur mit Italien, sondern außerdem noch mit andern Staaten in Ronflitte bringen mußte. Wir haben oben barauf hingewiesen, bag Deutschland, bas dem Bölkerbund nicht mehr angehört, Stalien seine Neutralität und damit wohl die Bereitschaft zur Lieserung von Rohstoffen für den Fall entsprechender Sanktions= Beichlüsse erklärt hat. Gemäß Art. 16 des Bolkerbunds-Baktes ist nun die Schweiz, wenn der Rat des Bölferbundes die Anwendung dieser Bestimmung als obligatorisch erklart, verpflichtet, beutsche Durchfuhren burch die Schweiz zu verhindern. Die Konsequenzen dieser Maßnahme wären doppelt: einmal würde unseren notleidenden Bundesbahnen ein sehr erheblicher Verdienst verloren gehen, indem nicht nur der ordentliche Transit Deutschland-Stalien und umgekehrt wegfiele, sondern außerbem die zusählichen Einnahmen, die den Bundesbahnen bei Abschnürung anderer Rohstoffgebiete vom Berkehr mit Italien aus dem erheblich gesteigerten Transit von Deutschland her erwachsen könnten. Außerdem aber wurden daburch unsere Beziehungen zu Deutschland einer schweren Belastung ausgesett, wobei man sich wirklich fragen muß, wie die Schweiz dazu kommt, sich für eine ihr wirklich absolut fernliegende Angelegenheit im Berkehr mit ihren Nachbarn, die für sie entschieden wichtiger find als die Abessinier, die Finger zu verbrennen, indem sie indirekt mithilft, für die Engländer die Kastanien aus dem Feuer zu holen! An diesem Beispiel mag man ersehen, was sich bas Schweizervolf am 16. Mai 1920 eingebrockt hat.

Leiber tann uns voraussichtlich auch die Bestimmung des Gotthard-Bertrages, wonach wir Transit-Beschränkungen auf der Gotthard-Bahn nicht vornehmen dürfen, nicht viel nügen. Denn der Bolferbundspatt selber durfte uns diesen Ausweg versperren, indem er bestimmt:

Art. 20. "Die Mitglieder bes Bolferbundes anerkennen, jedes für feinen Teil, daß der gegenwärtige Bundesvertrag alle Verpflichtungen oder Abmachungen unter fich, die mit feinen Bestimmungen im Biderspruch stehen, außer Rraft

Es wird uns deshalb faum möglich sein, die betreffende Bestimmung des Gotthard-

Bertrages zur Anwendung zu bringen.

Zu allen diesen wenig ersreulichen Perspektiven gesellen sich nun noch die Schwierigkeiten, die uns aus der Tatjache erwachsen, daß der Sit bes Bölkerbundes in Genf ift. Die Staliener werden im Falle von Sanktionen nicht überseben, daß bie ichäbigenden Magnahmen von einem Rollegium beschlossen wurden, bas auf Schweizer-Gebiet tagte. Mit wirklicher Neutralität ist natürlich schon die Beherbergung des Bölkerbundes im Sanktions-Kalle unvereinbar.

Soviel Möglichkeiten, soviel Schwierigkeiten und soviel Gefahren für unfere Neutralität und unsere Unabhängigkeit! Wenn wir gezwungen werden, auch nur einen bescheidenen Teil der in Art. 16 des Paktes festgelegten Magnahmen mitzumachen, so haben wir unsere Neutralität verspielt und damit wohl auch unsere Unabhängigkeit und unsere Existenz. Wird es später zu einem Konflikt kommen, so wird die Schweiz nicht mehr, wie anno 1914, sich von den umliegenden Staaten bie Anerkennung ihrer Reutralität bestätigen lassen können und jedenfalls die Rtaliener wurden uns die richtige Antwort geben, wenn wir, einmal an Sanftionen beteiligt, die im italienischen Bolke schärffte Erbitterung auslosen muffen, uns jemals wieder auf unsere Neutralität berufen wollten. Die stolze Tradition unserer Bergangenheit, uns nicht in fremde Sändel einzumischen, mare verlassen, die Cristenz unseres Landes bedroht.

Es ist unmöglich, an diesen nüchternen Tatsachen borbeizugehen. Zum Glück besteht nun aber eine gewisse Hoffnung, daß es dem Bundesrat gelingt, sich aus ber Schlinge zu ziehen. Aber nur durch die Betonung der uns bedrohenden schweren Befahren im Falle einer Beteiligung an Sanktionen, durch diplomatische Geschicklichkeit können wir uns vielleicht von diesen Berpflichtungen lofen. Bas unzuläffig und von äußerst gefährlichen Ronjequenzen wäre, und deshalb nicht in Betracht kommen kann, ift eine einseitige Aufkündung unserer Berpflichtung durch die Schweiz. Durch ihre Unterschrift unter den Bölferbunds-Pakt und unter die Londoner-Erklärung hat die Schweiz ihr Wort verpfändet, und wir glauben, daß es nicht Schweizerart fei, eine gegebene Unterschrift zu verleugnen. So bleibt nur ber andere Weg. Das Schweizervolk blickt in gespannter Besorgnis nach Bern. Um der Zufunft unferes Landes willen wollen wir hoffen, daß es dem Bundesrat gelingen möchte, uns aus der schwierigen Lange zu befreien und zugleich, ein für alle Mal, biesem Sput ein Ende zu machen und die absolute Reutralität wieder herzustellen.

Gelingt dies nicht, so bleibt nur der Austritt aus dem Bölkerbund.

Es kann wohl gesagt werden, daß dieses akute außenpolitische Problem heute bie innerpolitischen Streitfragen, soweit nicht beren Aftualität sich bem Bürger gewissermaßen Tag für Tag handgreiflich bemonstiert, wie bei gewijsen Wirtschaftsproblemen, zu einem großen Teil verdrängt. Im Grunde ist dies fein Nachteil für das politische Leben der Schweiz; man fann es nicht anders als gunftig bezeichnen, wenn unserem Bolfe und den Berufspolitikern einmal im Bege höherer Gewalt gezeigt wird, daß es auch für die Schweiz noch anders gibt als innerpolitische Streitfragen — anderes, wichtigeres und gefährlicheres. So zwingt das plöglich spürbare Problem unserer Stellung zum Völkerbund die schweizerische Öfsentlichkeit in vermehrtem Maße zum Nachdenken über unsere außenpolitische Situation und wenn wir optimistisch sein wollten, so könnten wir in dieser Hinsicht der Hosfinung Ausdruck geben, daß bei dieser Gelegenheit die schweizerische Öfsentslichkeit sich nicht nur im speziellen Falle — in Sachen Italiens — an die Pflicht und die Vorteile der Neutralität erinnere, sondern daß auch in einem anderen Falle und damit grundsählich mit der Auffassung aufgeräumt werde, es sei mit der Neutralität vereinbart, sich in die innerpolitischen Verhältnisse eines befreuns deten Staates einzumischen und den Moralpolizisten, besser Pharisäer, in Europa spielen zu wollen.

Nun hat es sich, wenn wir das außenpolitische Problem der Schweiz sür einmal beiseite lassen wollen, erst kürzlich mit nicht zu verkennender Deutlichkeit gezeigt, daß die Wirtschafts problem e das Volk in einem Maße beschäftigen, welches das Interesse für andere innerpolitische Fragen beinahe ausschließt. Es ist nun tatsächlich bei uns so gekommen, wie Kenner der wirtschaftlichen Verhältenisse es immer voraussagten, daß sich nämlich die Wirtschaftskrise in der Schweiz u einem Zeitpunkt heftig bemerkdar machen werde, wo anderswo bereits wieder der Beg nach auswärts beschritten werde (Amerika). Es scheint denn auch, daß die Krise bei uns heute gewissermaßen mindestens psychologisch einen Höhepunkt erreicht hat, insosern, als es der Masse der Bevölkerung eigentlich erst heute zum Bewußtsein kommt, wie schwer die Krise effektiv auf dem Volk lastet, und wie bes denklich diese Belastung sich nachgerade auf die öffentlichen Finanzen des Bundes, der Kantone und verschiedener Gemeinden auswirkt.

So ist es denn kein Bunder, daß das Initiativbegehren auf Totalrevision der Bundesverfassung am 8. September mit wuchtigem Mehr abgelehnt wurde. In der "Front" wurde allerdings aus nicht ganz fernliegenden Gründen andern Tags versucht, aus der Niederlage einen Sieg zu konstruieren, aber das war nun angesichts der Deutlichkeit des Entscheides, auch in Rantonen, wo die Erneuerungsbewegungen relativ stark vertreten sind, ein vergebliches Unterfangen. Es muß irgendwie im Bolke bas Gefühl vorhanden gewesen sein, daß man sein Schiff nicht im Sturm umbaut. Dabei war aber diese Aberlegung im Grunde unrichtig, weil eigentlich ein Umbau im Augenblid gar nicht in Frage tam, sonbern nur die Bestätigung, daß ein solcher prinzipiell notwendig sei. Aber auch bazu fehlte es beutlich am Willen und wenn man hier ben Gründen nachgehen will, die über die frisenbedingten Momente hinaus entscheidend waren, jo wird man finden, daß unser Bolk irgendwie das Bewußtsein hatte, die ganze Angelegenheit sei gu früh gestartet worden und noch keineswegs reif. Beiläufig bemerkt nimmt auch eine Erneuerungsbewegung, nämlich die "Eidgenöfsische Front", diesen richtigen Standpunkt ein. Im Bolt stedte im weiteren der Berdacht, daß bas Begehren auf Totalrevision ber Bundesverfassung irgendwie im Sinne autoritarer oder gar diktatorischer Staatsauffassung von ausländischen Bewegungen infiziert fei und das hat natürlich bei ber heutigen Stimmung nicht unwesentlich zur Ablehnung beigetragen. Daß diese Bermutung grundsätlich falsch ist, brauchen wir wohl nicht auszuführen, wenn auch andererseits ohne weiteres zugegeben werden kann, daß die Erneuerungsbewegungen nicht zufällig einige Monate nach dem 30. Januar 1933 ihren Frühling erlebten. Aber im Grunde denkt und empfindet man auch in Kreisen der "Nationalen Front" durchaus demokratisch und das Bewußtsein und die Sicherheit, daß es tatsächlich so ift, ware in unserem Bolke jum Borteil für die "Front" gewiß stärker verankert, wenn nicht ab und zu immer wieder politische Wirrtopfe die Gegend unsicher machen wollten, Leute, die immer noch nicht eingesehen haben, daß fur den Nationalsozialismus, wie er sich heute im Reiche betätigt, in der Schweiz niemals Plat fein fann. Das foll aber nicht heißen, daß wir Schweizer nicht gemisse, besonders in fogialer Begiehung bebeutsame

Vorzüge dieser Bewegung erkennen und nützen sollen — was aber unserem Volke vollkommen fremd ist und nach seiner ganzen Grundhaltung stets fremd bleiben wird, das sind gewisse Prinzipien nationalsozialistischer Staats- und Lebensaussfassung, die im diktatorischen Prinzip, in der Ausschaltung des Individualismus und in einem hemmungslosen Etatismus ihren teilweisen Ausdruck finden.

Ein Zeichen bafür, daß die Revisionsfrage noch nicht reif war, konnte auch barin erblickt werden, daß Programme teilweise überhaupt nicht vorhanden waren ober bann in feinem Kalle mehr als einen gemissen Bruchteil ber Bevolferung hinter sich bringen konnten. Unser Volk ist immerhin politisch zu gut gebilbet, als daß es eine Revision beschließen würde, bei der es nicht weiß, wohin die Reise geht. So kam es, daß die Revision, abgesehen von den anderen Gründen, auch deswegen verworfen wurde, weil eigentlich außer den Katholischkonser= vativen niemand ein Programm hatte. Denn die paar schlagwortartigen Leitfäße, die durch die "Nationale Front" als Programm verkündet wurden, konnten selbstverständlich irgendwelche Klarheit über die einzelnen Magnahmen nicht ergeben. Andererseits war nun wieder das katholischkonservative Programm vielen Leuten naturgemäß ichon seiner Herkunft nach verdächtig und man scheute sich benn auch nicht, bei dieser Gelegenheit wieder einmal ein bigden in Rulturkampf zu machen. Dem gegenüber möchten wir ber Unficht Ausdruck geben, daß bieses Brogramm etwas vom Beften war, was in ben letten Sahren überhaupt an politischen Grundsätzen an die Öffentlichkeit gelangte. Gewiß sind darin, insbesondere auf bem Bebiete "Staat und Rirche", einige Punkte, die zu konfessionell find und natürlich niemals Aussicht haben, im Bolke Onabe zu finden; insbesondere für eine weitergehende Ronfessionalisierung ber Schule hat man bei uns faum Berständnis Was aber zweifellos richtig empfunden und vom gesamtschweizerischen Standpunkt richtig gesehen war, bas war die Berücksichtigung ber in letter Linie boch immer tonservativen Grundhaltung unseres Voltes und die Erkennt= nis, daß die Schweiz entweder als föderalistischer Bundesstaat besteht oder überhaupt nicht besteht. Bas wir hier als "konservativ" bezeichnen, ist nicht mit einer parteipolitischen Ginstellung zu verwechseln, sondern wir möchten damit jene Grundhaltung unserer bodenständigen Bevölkerung bezeichnen, die sich bom Angestammten nicht zu lösen gebenkt, wenn nicht wirklich etwas nachweisbar Besseres geboten wird und die allen politischen Reformen abgeneigt ift, die auch nur den Anschein haben, den dem o kratisch en Boden verlassen zu wollen. Und im weiteren hat jenes Freiburgerprogramm richtig erkannt, daß der bobenständige Schweizer nicht baran benkt, etwas von der Selbständigkeit seiner Gemeinde oder der Souveranität seines Rantons aufzugeben. In dieser Beziehung war das Programm völlig eindeutig und wohltuend war insbesondere das in der Verfassung zu verankernde Verbot direkter Bunbesfteuern, womit endlich einmal den immer erneut wiederholten Bersuchen, bie kantonale Selbständigkeit zu untergraben, ein Riegel gestoßen wäre. Es liegt uns selbstverständlich fern, etwa "das Rad rückwärts brehen" zu wollen und wir sind gerne bereit, gemisse - wie man so schön sagt - " ibilisatorische Errungenschaften des Zentralismus" anzuerkennen, deren Bedeutung uns allerdings nicht fo überragend erscheinen fann, wie einem richtigen Bentraliften, gerade wenn wir bas "Schweizerische Zivilgesetbuch" ins Auge fassen. Es mag auch ohne weiteres zugegeben werden, daß der Bund heute für manche Kantone in dieser oder jener Form den Rettungsring bedeutet — aber dies sind Auswirkungen der Krise, die die Kantone in der Regel bestimmt nicht zu vertreten haben und wir glauben, daß es wirklich nicht zu viel verlangt sei, wenn der Bund aus den ihm bereits zustehenden beträchtlichen Ginnahmen einem wirtschaftlich schwachen Kanton über den Graben hilft. Nur sollte man diese Notlage, die übrigens sehr vereinzelt vorhanden ist, nicht dazu benützen wollen, vom föderalistischen Ge=

baube weitere Stude herunterzureißen. Auch bie Rrife mit ihren bedenklichen Rückwirkungen wird einmal wieder vorübergehen und es ware staatspolitisch bestimmt untlug, wenn man die Lojung der durch die ichwierigen Berhältnisse ent= standenen Probleme noch mit grundsählichen Fragen des Staatsaufbaus belaften wollte. Aus diesem Grunde ift auch das Begehren um Totalrevision abgelehnt worben und aus Erwägungen, die vielleicht auf berselben Linie liegen, aber staats= politisch viel bedeutsamer sind, sollten alle zentralistischen Bestrebungen, die die Reste ber Souveranität ber Rantone noch beschneiden wollen, aufgegeben werden. Ein Aufrühren dieses Grundproblems wäre in der heus tigen Zeit nicht zu verantworten, weil es der Existenz un= jeres Staates gefährlich werben könnte. Unsere welschen Mit= bürger jedenfalls werden sich weigern, irgend etwas von ihrer kantonalen Souveränität aufzugeben und fie haben ichon manchmal bewiesen, daß es ihnen mit Dieser Weigerung ernst ist. Gerechterweise mag immerhin bemerkt werden, daß gewisse Rantone die Schwierigkeiten, in die die Rrise den Bund gebracht hat, nicht überseben sollten und erkennen möchten, bag es mit bem Sonigmond ber Subbentionen im heutigen Ausmag vorbei ist und dag die Erhaltung ber kantonalen Souveränität gewisse unumgängliche Opfer erfordert.

Eine seltsam anmutende Beharrlichkeit, die nicht die konservative, aber eine gewisse beschauliche Ginftellung unseres Boltes von einer wenig angenehmen Seite zeigt, beeinflußte unsere bisherige Finang = und Birtschafts = politik. Es ist wirklich erstaunlich, in wie großem Mage bei uns Bolf und Buhrung die Auswirkungen der Weltkrise übersehen konnten. Tatsächlich wußte man boch schon bereits seit bem Jahre 1932, daß die Weltkrife sich in Entwicklung befinde und es war wohl niemand, der nicht annehmen mußte, ihre Auswirkungen würden eines Tages auch uns erreichen. Tropbem lehnte das Volk die Gehaltsabbauvorlage vom Frühjahr 1933 ab und überließ es getroft ber Regierung und bem Parlament, auf weniger schmerzhafte Beise für Ausgleich zu sorgen. Im Grunde kummerte man sich überhaupt nicht allzu stark um diesen, auch oben nicht, und so mußte auch das Finanzprogramm vom Sahre 1933 von vornherein sich als unzulänglich erweisen. Man versteht dies, wenn man fich erinnert, daß herr Bunbegrat Meber noch bor furzer Zeit bor bem Bankiertag in St. Gallen erklärte, man habe damals nicht an = nehmen fönnen, daß die Bolleinnahmen in so erheblichem Magezurüdgehen würden!! — Gouverner c'est prévoir! So beschloß man im Finangprogramm vom Jahre 1933 eine sogenannte Deckungsklausel, wonach Ausgaben nur bewilligt werden sollten, wenn entsprechende Ginnahmen vorhanden waren. Eingehalten wurde aber diese Bestimmung nicht. Im weiteren wuchs das Defizit der Bundesbahnen jährlich um ca. 60 Millionen Fr. und der eigentliche Bundeshaushalt kam in jene bedenkliche Verfassung, die das Volk nun plöglich, wie über Nacht, durch bie Alarmrufe in der September-Seffion der Bundesversammlung gewahr wurde. So kam es benn, daß ber Landestredit sich nach dem Anfturm auf die Bahrung vom Frühjahr dieses Jahres nicht in bem erhofften Ausmaß erholen konnte. Außer jenen Goldbeträgen, welche infolge unrichtiger Berechnungen seitens der ausländischen Spekulation gegen unsere Währung nach Abwehr des Angriffes im Wege ber Liquidierung unhaltbarer Positionen wieder ins Land famen, hat sich ber Bestand ber Nationalbank an bedungsfähigen Werten nicht erhöht und es ist auch heute noch gegenüber dem Frühjahr hier ein Rückgang von beinahe 600 Millionen Fr. festzustellen. Wohl aus demselben Grunde war auch die Erholung unserer Obligationenkurse beschränkt; heute ist sie bereits durch einen scharfen Ruckgang mehr oder weniger wieder wettgemacht. Das Ergebnis der beiden Anleihen der Städte Basel und Zürich mag als weiteres Beispiel für ben Ernst ber Lage angeführt werden. Dag tropdem von Seiten des Bundegrates nicht mit der erforderlichen Promptheit gehandelt wurde, ist in der September-Session der Bundesversammlung beutlich genug festgestellt worden. Das zudem erst für die Dezember-Session des neuen Parlamentes in Aussicht genommene überbrückungsprogramm hat wohl niemanden, soweit seine Grundzuge heute befannt find, befriedigen konnen und im Nationalrat wurden außerordentlich deutliche Worte gesprochen. Andererseits konnte sich aber das Parlament unmittelbar vor den Neuwahlen auch nicht zu entscheidenden Magnahmen aufraffen, was nicht gang unverständlich ist, und so blieb es bei ber Rritit. Immerhin scheint ben zuständigen Stellen in letter Minute ber Ernst der Lage gleichwohl zum Bewußtsein gekommen zu sein, sodaß das Befamtergebnis der September-Tagung in diefer Beziehung doch einen gemissen Lichtblick gestattet. Jedenfalls murde seitens des Bundesrates an der Entschlossen= heit, die Bährung zu halten, fein Zweifel gelaffen und erklärt, daß der Bundegrat im Falle ber Gefahr sich an bas wohl unzulängliche Programm nicht zu halten gebenke, sondern im Bege der Bollmachten Ordnung schaffen werde. Dieser Beg ist aus manchem Grunde wenig sympathisch, aber er ist doch gegenüber der Politik bes Gehenlassens bas fleinere Abel und wir glauben, daß bas neue Parlament, von Wahlrücksichten nicht behindert, dem Bundesrat im Notfalle die Kompetenzen nicht verweigern wird, zumal sich an der Zusammensetzung der Rate auch am 27. Oftober nicht viel andern durfte. Jedenfalls tann heute festgestellt werden, bağ ber Ernft ber Lage bem Bolt flar geworben ift und auf ber Seite bes Bunbesrates die erforderliche Entschloffenheit zum Durchbruch kommt. Wir glauben zu wissen, daß die Wandlung in diesem letten Bunkt nicht ohne einen gewissen Drud von Seiten der Nationalbank erfolgt ist, hat doch vor einigen Wochen Generalbirektor Bachmann von der Nationalbank zu verstehen gegeben, daß er bei Fortdauer ber bisher beliebten bilatorifchen Finangpolitit gegebenenfalls fein Umt zur Berjügung stellen mußte. Dies hätte naturlich dem Bertrauen in unsere Bahrung speziell auch im Ausland einen weiteren, bedenklichen Stoß geben muffen. Beute aber ift anzunehmen, daß man tatfächlich gewillt ift, die zur Erhaltung der Währung erforderlichen Maßnahmen zu treffen und daß der Weg des scheinbar geringsten Widerstandes, also der Weg der Abwertung und damit der Bermeibung notwendiger Unpassung entsprechend dem Willen der weit überwiegenden Mehrheit des Schweizervolkes nicht beschritten werden soll, obwohl das Spielen mit dieser Lösung nicht nur bei den Freigeldlern, sondern fogar bereits bis in den Areis des Bundesrates hinein beliebt zu haben scheint.

Einen interessanten Einblick in unsere wirtschaftliche Lage geben im weiteren gewisse Feststellungen, welche erkennen lassen, daß die Lage der Volkswirtschaft im Besamten immer noch nicht verzweifelt und nicht entfernt so bedenklich ift, wie in andern Ländern. Aus diesen Feststellungen ergibt sich, daß die Lage aller Boraussicht nach zu halten ist, wenn nur end lich mit der Sanierung der öffentlichen Haushalte ernst gemacht wird. So ergibt die Statistif, daß trog ber Rrise die Bilangsumme aller Bankinstitute sich von Ende 1931 bis Ende 1934 nur um knapp 10 % vermindert hat und daß diese Berminderung nur die Großbanten betrifft, mahrend bei den Rantonalbanten und Sparkaffen jogar eine Erweiterung festzustellen ift. Allerdings weist bie Spartatigkeit seit 1933 zum ersten Mal nach dem Kriege einen Rudichlag auf, der aber summenmäßig noch nicht ins Gewicht fällt. Die Rrije hat bedingt, daß, während normalerweise ein Teil bes Zinsertrages als Rapitalanlage vorgetragen wurde, die Zinsen nicht nur restlos für den Lebensunterhalt gebraucht werden, sondern gelegentlich auch bereits ein Angreifen bes Grundstockes festzustellen ist. Schlägt man aber Spareinlagen und Obligationen zusammen, so ergibt sich, daß das jährliche schweizerische Sparvermögen seit 1931 nur um 413 Millionen auf 1196 Millionen Fr. zurudgegangen ist, sodaß auf jeden Einwohner heute noch rund Fr. 3000.— Sparguthaben entfallen. Solche Bahlen mögen doch zur Feststellung berechtigen, daß

die Lage nicht so hoffnungslos ist, wie gewisse Leute behaupten, wenn eben die öffentlichen Haushalte außgeglichen werden können. Andererseits liegt allerdings eine gewisse Gesahr in der Entwicklung des Hpotheken marktes. Wer ab und zu Steigerungen von städtischen Liegenschaften und Grundstücken auf dem Land beobachtet, wird erkennen, daß in vielen Fällen die Ansprüche, welche der ersten Hypothek nachgehen, vollkommen ausfallen und wenn man dazu sestellt, daß die Kantonalbanken 61,4 % und die Sparkassen 76 % der Aktiven in Hypotheken angelegt haben, so ergibt sich hier immerhin ein nicht unbedenkliches Problem, denn es dürste sich hier wohl nicht ausschließlich um I. Hypotheken hans deln und im weiteren dürste eine weitere Verschärfung am Realkreditmarkt gesgebenensalls sogar für diese Forderungen gewisse Einbußen mit sich bringen.

*

Das abessinische Problem, welches wochenlang eine europäische Kriegsgesahr in sehr bedenkliche Rahe zu bringen drohte, brachte es mit sich, daß die Offentlichkeit und wohl auch die Staatsmänner der Großmächte gewisse andere Probleme ber europäischen Politik, Die nicht bringend erscheinen mochten, verhältnismäßig wenig beachteten. Inzwischen tagte ber Reichstag zu nurnberg, ber im Rahmen des "Parteitages der Freiheit" abgehalten wurde. In Nürnberg hat sich nun bor aller Offentlichkeit die Tatsache bestätigt, daß das Deutsche Reich im Innern wie im Außern in einem Mage gefestigt basteht, bas vor zwei Jahren noch für unmöglich gehalten worden wäre. Die innerpolitische Unruhe ber letten Monate, die auch vom Ausland aus deutlich erkennbar war, ist ohne Zweifel einer Befestigung des Shstems gewichen und das Rätselraten darüber, ob eine Wendung zum Radikalismus oder ein Obenaufschwingen der gemäßigten Elemente sich ergeben werde, kann nun als beendigt angesehen werden. Nachdem gewisse Demonstrationen in Städten und Dörfern eine icharfe Regelung ber Judenfrage trog gewisser auf wirtschaftlicher Grundlage ruhender Bedenken als wahrscheinlich voraussehen ließen, hat nun die Nürnberger Gesetgebung in dieser Beziehung einbeutig Rlarheit geschaffen. Herr Streicher barf seine schönsten Hoffnungen erfüllt feben, nachdem die gemischten Ghen nun von Staats wegen verboten und auch alle sonstigen Beziehungen zwischen Juden und Ariern effektiv außer Betracht fallen. Damit ist das Ziel erreicht, dem Judentum die Gemeinschaft mit dem übrigen Bolke zu verweigern und die Juden als außerhalb des Volkes stehend zu erklären. Man wird nicht im Zweisel darüber sein können, daß gewisse Rücksichten, welche die Wirtschaftspolitik heute noch erfordert, im Laufe der Zeit auch verschwinden muffen, sodaß die Ausscheidung des jüdischen Fremdförpers aus der Volksgemeinschaft bald eine völlige sein wird. Es wirkt wie der Ausdruck einer tragischen Symbolik, daß bem Juden seit den Nürnberger Gesetzen das Zeigen der deutschen Nationalflagge verboten ist und erst fürzlich sah man zum ersten Male in Berlin die judische National flagge mit dem gelben Davidstern auf blauem Grund. Es ist hier nicht der Ort, die ungeheure Bedeutung der Wandlung, die auf diese Beise gum Ausdruck kommt, zu beleuchten. Es darf aber bemerkt werden, daß, nachdem gewisse Grundfage ber Raffenpolitit, die nicht die unferen fein konnen, von der Mehrheit bes beutschen Bolkes in ihrer ganzen umstürzenden Bebeutung als richtig angenommen werben, die völlige Trennung der fremden Raffe von ber Gemeinschaft bes Bolkes boch besser ist, als ber Rustand, ber bisher dieses Broblem tatsächlich boch ungelöst sein ließ. Wir glauben beshalb annehmen zu burfen, bag mit ber endgultigen Entscheidung nun auch gewisse bedauerliche Zwischenfälle, die ber Lösung vorausgingen, ein Ende nehmen werden und es ist zu vermuten, bag bas beutsche Judentum nach der Scheidung in seinem selbständigen kulturellen Dasein als Fremdkörper unbehindert leben wird. Dadurch werden außerordentlich bedeutsame organisatorische Fragen aktuell, was sich schon baraus ergibt, daß die Judenschaft fünstig voraussichtlich ausschließlich in ihren eigenen Schulen erzogen werben bürfte,

wie sie ja schon heute ihre eigenen Theater hat. Ein geschätzter Mitarbeiter unserer Zeitschrift wird im übrigen im nächsten Heft grundsätlich zu diesem Problem Stelslung nehmen.

Nürnberg hat aber auch in anderer Beziehung in der Innenpolitik Lösungen gebracht. Es scheint, daß ber Staat heute entschlossen ift, ben Rirchenkon = flitt, soweit die evangelische Konfession in Betracht tommt, zu lösen. Während uns noch im Mai biefes Sahres von zuftändiger Stelle erklärt wurde, bag ber Staat auf weitere Eingriffe - nach ber Entlassung bes Staatstommissars Rager - berzichten werbe, scheint man heute die Rraft zu fühlen, auch dieses Problem zu lösen. Daraufhin beutet jedenfalls die Bestellung des Ministers Kerrl zum Kirchenminister. In welcher Richtung allerdings die Entscheidung fallen wird, ist heute noch nicht abzusehen; aber es ist anzunehmen, daß die Entwicklung auf diesem Gebiet nun in absehbarer Zeit erkennbar wird. Eine Außeinandersehung von grundlegender Bedeutung, dem obenerwähnten Problem nicht ganz unähnlich, würde damit zum Abschluß kommen. Leider scheint es, daß diese Frage heute bereits nicht mehr ausschließlich eine religiöse Frage ift, nachdem sich anscheinend in der Bekenntniskirche und ihren Kreisen gewisse Teile der politischen Opposition heimisch gemacht haben. Dies ist vielleicht auch ber Grund, weshalb der Staat sich zum Gingreifen entschlossen hat. Die tatsächlich bestehenden Gegensätze weltanschaulicher Natur sind dadurch einigermaßen verwischt worden. Die Bekenntniskirche dürste daran nicht ganz unschuldig sein.

Jedenfalls ist das System in Deutschland heute absolut fest verankert und gewisse Schwierigkeiten in der Versorgung mit notwendigen Rohstossen und Lebense mitteln werden keinesfalls in dieser Beziehung irgendwelche Bedeutung gewinnen können. Dafür ist das Volk viel zu sehr diszipliniert und es lebt in dem gewiß nicht unrichtigen Bewußtsein, daß der Führer durch seine geschiekte und mutige Politik ihm in verhältnismäßig kurzer Frist einen Grad der Freiheit nach außen gegeben hat, der gewisse Opfer begründet, verständlich, aber auch tragbar erscheinen läßt. Daß jedenfalls die Opposition in Deutschland, die zweiseslos, aber ohne jede eine heitliche Parole im Positiven, besteht, auf absehdare Zeit ausgespielt hat, stellte Hitler in seiner Proklamation mit Recht eindeutig sest; wir zitieren die beiden entscheidenden Sätze:

- "1. Alle diese Erscheinungen sind nur einig im Negativen, d. h. sie sehen im heutigen Staat den gemeinsamen Feind. Allein ihnen alsen ist nicht zu eigen auch nur die geringste gemeinsame Jdee. Und
- 2. wo würde Deutschland hinkommen, wenn dieses Sammelsurium jemals wieder zu Einsluß und Bedeutung gelangen könnte? Jahrhunderte hins durch war unser Volk zerrissen von unzähligen Meinungen und Aufsasssungen, erst stammesmäßig, dynastisch, dann religiös, endlich politisch und weltanschaulich gespalten..."

Auch berjenige, ber bem System bes Nationalsozialismus fritisch gegenüberssteht, wird dieser Auffassung und ihren Folgerungen zustimmen müssen. Das deutsche Volk hat mit seiner sogenannten Demokratie, die nie eine solche im wahren Sinne des Wortes war, zu schwere Zeiten erlebt, als daß man ihm ein Wiederausblühen des Parteienstaates wünschen möchte. Das Schweizervolk aber wird auf seinem bewährten demokratischen Boden die Lösung der heutigen Schwierigkeiten zu finden trachten, und es wird sie sinden, wenn es nur diesen altbewährten Grundsähen kompromißlos treu bleibt.

Die außenpolitische Lage Deutschlands kann heute nur als außerordentlich günstig bezeichnet werden. Das abessichie Abenteuer des Herrn Mussolini hat zweisellos das Seinige dazu beigetragen. Während die Beziehungen

zu Polen, leider immer wieder unter Aufopferung von Interessen des deutschen Bolkstums, nach wie vor gunftig zu beurteilen sind, macht sich bereits infolge der voraussichtlichen endlichen Schwächung Italiens eine Lockerung bes Restes italienischer Oftpolitik bemerkbar. Rachdem Italien vor einigen Jahren noch seine Machtsphäre indirekt bis in den Balkan erstreckte, ist heute nicht nur diese Position verloren, sondern außerdem die Position der Römischen Protofolle gefährdet. Der deutsche Einfluß in Ungarn nimmt zu, worauf der Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten in Berlin schließen läßt. Ofterreich ist in eine außerordentlich peinliche Lage gekommen, nicht nur deswegen, weil es zwischen bem Zwang zu Sanktionen und seinen Interessen für den italienischen Bundesgenossen schwankt, sondern vor allem deshalb, weil dieser Bundesgenosse trob der Manöver im Südtirol voraussichtlich zu entscheidenden machtpolitischen Leistungen im Donauraum in absehbarer Zeit kaum imstande sein wird. Die Opposition in Diterreich regt sich heute mächtig gegen Italien und Herrn Schuschnigg dürfte es in seiner Haut nicht mehr gerade wohl sein. Es ist nicht unwahrscheinlich, bağ dieje Diktatur einer hoffnungslosen Minderheit in absehbarer Zeit ein Ende nehmen wird, benn auch von England hat Berr Schuschnigg nach ber bilatorijden Antwort des englischen Augenministers auf die entsprechende frangosische Anfrage nicht mehr viel zu erwarten. Das Einzige, was wir als freiheitsliebendes Volf dem österreichischen Nachbarvolk wünschen möchten, ist eine freie, demokratische Entscheidung, zu der es doch wohl berechtigt ist.

Dasselbe Problem dürfte auch im Memel entscheidend sein. Es ist zu vermuten, daß dieses Volk trot schärsster Bedrückung durch die Litauer erneut wieder sein Bekenntnis zu seinen Rechten ablegt, ein Bekenntnis, das, unter so außersordentlich schweren Bedingungen zustande gekommen, die Mächte, die für die Freisheit dieses kleinen Volkes vertraglich verpflichtet sind, nicht unbeachtet lassen können.

Sann b. Sprecher.

Kultur-und Zeitfragen

Beistesgemeinschaft schafft Volksgemeinschaft, oder umgekehrt?

Heute steht Bolksgemeinschaft voran und obenan im Wörterbuche ber Erneuerer. Muffolini hat den Ton angegeben, Sitler ihn aufgenommen, und tropbem jener anfänglich aus bem Fascismus keinen Exportartikel gemacht wissen wollte, sondern ihn seinem Bolke vorbehielt, steht er überall in Blüte. Sogar bei uns in der Schweiz, wo er am meisten wider den Beist der Beschichte und bas Befen unseres Bundesstaates verstößt und der Eigenart des Bolfes fremd ist, fand er seine Ableger. Darunter als ersten ober "obersten" einen geborenen Waadtländer Föderaliften, ben offenbar bas Borbild feines "engern" Landsmannes, bes Berraters Laharpe, zur Nachfolge reizt. Denn was ihn treibt, ist nicht Tellensinn und Schweizer= geist, sondern Geßlergelüste nach Macht im Schut und Schatten einer Fremdherr= ichaft. Un feinem Bauchrutichen bor bem Cafaren bes neuen Rom erkennen wir, daß er andern Geistes ist als etwa ein Gottsried Reller, der richtig un ser e Na= tionalität begründet sieht einzig und allein nur auf eine Beistes- ober Befinnungsgenossenischaft: "Denn Ginen Pontifer nur faßt ber Dom, bas ist die Freiheit, der politische Glaube, der löst und bindet jede Seelenkette." Und somit mussen wir als Volt gerade diesen Freiheitssinn, ben demokratischen Willen zur Unabhangigfeit nach außen und zur herrschaft ber Gesamtheit über jeben Einzelnen pflegen, um als Ein Bolk zu bestehen im Unterschiede von allen andern, den so-